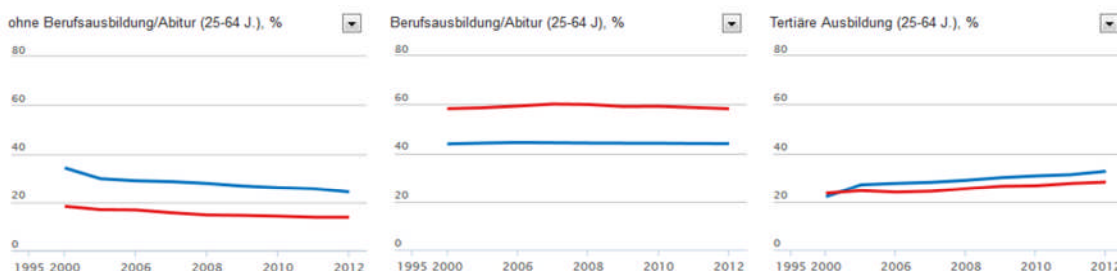




## Erstaunlich: OECD vergibt vergleichsweise gute Noten für das Bildungswesen

Mehr als 35 Millionen junge Menschen aus den OECD-Staaten sind weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung – eine Folge der verheerenden Wirtschaftssystemkrise! Der jüngste OECD Skills Outlook 2015 (<http://www.oecd.org/berlin/publikationen/skills-outlook-2015.htm>) offenbart, dass der Anteil hochgebildeter 15- bis 29-Jähriger, die weder in Ausbildung noch in Beschäftigung sind, in Deutschland mit 5,7 % so gering ist wie in kaum einem anderen OECD-Land.



Quelle: <http://www.compareyourcountry.org/education>

Dass das deutsche Bildungswesen im OECD-Vergleich hier einmal positiv ausschlägt, ist ein Verdienst der beruflichen Bildung: Die jeweils roten Linien im Schaubild zeigen auf, dass Deutschland zwar im Vergleich mit dem OECD-Durchschnitt (blaue Linie) geringere Anteile an Personen mit einer abgeschlossenen tertiären Ausbildung aufweist, jedoch einen deutlich höheren Anteil an Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung bzw. einen deutlich geringeren Anteil an Personen ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Die Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen sehen hierin keinen Grund, sich zurückzulehnen: Der Anteil der nicht formal Qualifizierten (ohne Berufsausbildung) verharrt in Deutschland mit gut 16 % auf hohem Niveau und muss dringend verringert werden, ferner sind die Übergänge zwischen beruflicher und akademischer Bildung und umgekehrt zu verbessern!

## Anträge im Bundestag zur beruflichen Bildung

Anlässlich der Befassung mit dem Berufsbildungsbericht haben die Fraktionen der im Bundestag vertretenen Parteien bedeutsame Anträge zur Berufsbildung in das Parlament eingebracht: Die **Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD** fordern mit ihrem Antrag „Prinzipien des deutschen Bildungswesens stärken – Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung durchsetzen“ (<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/049/1804928.pdf>) von der Bundesregierung „im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel“ u.a., die Berufs- und Studienorientierung zu verbessern, die Beratung zielgruppengerecht zu verankern, mehr über die duale Ausbildung zu informieren, die Berufsschullehrer/innenausbildung im Rahmen der Qualitätsoffensive zu verbessern, das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz anzupassen, die Bedeutung der Aufstiegs- und Fortbildung stärker aufzuzeigen, den Ausbau der regionalen beruflichen Bildungszentren zu „Kompetenzzentren“ zu forcieren (Achtung: Ländersache) und für eine Einordnung des Abiturs und der 3 bzw. 3,5 jährigen Berufsausbildung auf DQR-Niveau 4 zu werben. Der Bundestag möge von den Ländern fordern, den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Gestaltung akademischer und beruflicher Bildung zu folgen, die eigenständige Berufsschullehrer/innenausbildung und Kapazitäten für Berufspädagogen/innen sicher zu stellen, den Weg beruflich Qualifizierter in die akademische Bildung – u.a. mit Anrechnungsregelungen - zu ebnet und die Berufs- und Studien- **An- und Abmeldung zum Newsletterdienst:** [http://www.gew.de/Infoblatt\\_Berufsbildung.html](http://www.gew.de/Infoblatt_Berufsbildung.html)

GEW Hauptvorstand  
Organisationsbereich  
Berufliche Bildung  
und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21  
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter  
**Ansgar Klinger**  
069/78973-325  
[ansgar.klinger@gew.de](mailto:ansgar.klinger@gew.de)

Referent  
**Arnfried Gläser**  
069/78973-319  
[arnfried.glaeser@gew.de](mailto:arnfried.glaeser@gew.de)

Vorstandsteams:

Bundesfachgruppen-  
ausschuss  
Gewerbliche Schulen

**Ralf Becker**  
06142/838880  
[r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de)

**Dagmar Heinish-  
Weiser**  
0331/ 964476  
[heinish-weiser@t-online.de](mailto:heinish-weiser@t-online.de)

Bundesfachgruppen-  
ausschuss  
Kaufmännische  
Schulen

**Gudrun Biehl**  
0621/504400910  
[gudrun.biehl@gew-rlp.de](mailto:gudrun.biehl@gew-rlp.de)

**Christina Kunze**  
030/2159341  
[kunzmans@t-online.de](mailto:kunzmans@t-online.de)

**Britta Delique**  
0441/592203  
[britta@delique.net](mailto:britta@delique.net)

enorientierung – u.a. mit einem Bildungsportal „Bildungsnavigator“ - und den Übergang Schule – Beruf zu verbessern. Die Sozialpartner sind gefordert, die Anstrengungen in der Berufs- und Arbeitsweltorientierung zu erhöhen, die Qualität der Ausbildung zu verbessern und die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung zu berücksichtigen.

Damit nähern sich die Regierungsfractionen dem **Beschluss der GEW „Bildungswege öffnen – Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung verwirklichen und Durchlässigkeit im Sinne von Chancengleichheit durchsetzen“** (<http://www.gew.de/Binaries/Binary55264/Bildungswege%20%C3%B6ffnen.pdf>) aus dem Jahr 2009.

Auch die von **GEW und DGB** seit Langem geforderte **Ausbildungsgarantie** ist Gegenstand von **Anträgen der Oppositionsfractionen**: So fordert die Fraktion **Bündnis 90 / DIE GRÜNEN** mit dem **Antrag „Mit einer echten Ausbildungsgarantie das Recht auf Ausbildung umsetzen“** (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/049/1804938.pdf>) von der Bundesregierung, ein Konzept für eine Ausbildungsgarantie vorzulegen, das ab dem Ausbildungsjahr 2016 allen jungen Menschen den Zugang zu einer Berufsausbildung mit anerkanntem Abschluss garantiert. Dies soll u.a. mit einer bedarfsabhängigen Nutzung der Assitierten Ausbildung, einer grundlegenden Reform des Übergangsbereichs u.a. durch Überführung der berufsvorbereitenden Maßnahmen in Bestandteile einer betriebsnahen Ausbildung und einer inklusiv zu gestaltenden betriebsnahen Ausbildung geschehen, um mehr jungen Menschen mit Behinderungen den Weg zu einem anerkannten Berufsabschluss zu ermöglichen. Die Dauer der betriebsnahen Ausbildung ist, so der Antrag der GRÜNEN, zu flexibilisieren, damit die Auszubildenden entsprechend ihrer individuellen Lerngeschwindigkeit alle relevanten Inhalte erlernen können, und die Ausbildungsinhalte sollen in anrechenbare Ausbildungsteilabschnitte strukturiert werden, um eine Teilzeitausbildung tatsächlich zu ermöglichen. Überbetriebliche Ausbildungsstätten sollen als zusätzliche Träger einer betriebsnahen Ausbildung auf- bzw. ausgebaut und die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe erhöht werden. Ferner solle die Bundesregierung eine Grundgesetzänderung entwerfen, die das Kooperationsverbot in der Bildung aufhebt. Für das Ausbildungsjahr 2015 sollen kurzfristig die Förderkriterien der Assitierten Ausbildung dem Bedarf angepasst und im Aufenthaltsrecht die Voraussetzungen geschaffen werden, dass junge Asylsuchende und Geduldete eine Chance erhalten, eine Berufsausbildung zu beginnen und auch sicher abzuschließen. Ferner sollen Bund-Länder-Vereinbarungen für eine flächendeckende Berufsorientierung in den 7. und 8. Jahrgangsstufen angebahnt und die Länder bei umfassenden Qualifizierungsprogrammen für das pädagogische Personal sowohl an beruflichen Schulen als auch in den überbetrieblichen Ausbildungsstätten insbesondere bei der Vermittlung von Deutsch als Fachsprache unterstützt werden.

Mit ihrem **Antrag „Das Recht auf Ausbildung umsetzen“** geht die Bundestagsfraktion **DIE LINKE** teils darüber hinaus (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/014/1801454.pdf>): Sie fordert von der Bundesregierung, das Recht auf Ausbildung umzusetzen, indem allen jungen Menschen ermöglicht wird, eine vollqualifizierende Ausbildung aufzunehmen. Dabei soll die Zahl der ausbildenden Betriebe erhöht und somit ein auswahlfähiges Angebot sowie eine freie Wahl der Ausbildungsstätte ermöglicht werden. Die Bundesregierung solle einen Gesetzesentwurf für eine Umlagefinanzierung sowie eine Mindestausbildungsvergütung vorlegen sowie eine den tatsächlichen Bedarf an Ausbildungsplätzen aufweisende Ausbildungsberichterstattung auf den Weg bringen. Ferner sollen die Förderpolitik und –praxis beim Übergang in die Berufsausbildung grundlegend in der Verantwortung eines Bundesministeriums sowie die öffentliche Berufsorientierung, -beratung und –vermittlung und auch die Berufsausbildungspolitik grundlegend neu ausgerichtet werden - u.a. soll das BAföG so reformiert werden, dass es für Auszubildende in vollzeitschulischen Ausbildungen eine soziale Absicherung schafft -, und ein Sofortprogramm in Höhe von 1,5 Mrd. € mit einer Laufzeit von drei Jahren aufgelegt werden, um junge Menschen bis zum Alter von 35 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung auf dem Weg in eine solche zu unterstützen.

Die Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen nehmen zur Kenntnis, dass in den Anträgen der Bundestagsfraktionen viele von GEW und DGB seit geraumer Zeit begründete Forderungen aufgeführt sind; sie weisen darauf hin, dass die Umsetzung der Ausbildungsgarantie zugleich eine Voraussetzung zur Verwirklichung von Inklusion in der beruflichen Bildung darstellt.

**GEW Hauptvorstand  
Organisationsbereich  
Berufliche Bildung  
und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21  
60489 Frankfurt a. M.

**Verantwortlich:**

**Leiter**  
**Ansgar Klinger**  
069/78973-325  
[ansgar.klinger@gew.de](mailto:ansgar.klinger@gew.de)

**Referent**  
**Arnfried Gläser**  
069/78973-319  
[arnfried.glaeser@gew.de](mailto:arnfried.glaeser@gew.de)

**Vorstandsteams:**

**Bundesfachgruppen-  
ausschuss  
Gewerbliche Schulen**

**Ralf Becker**  
06142/838880  
[r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de)

**Dagmar Heinisch-  
Weiser**  
0331/ 964476  
[heinisch-weiser@t-online.de](mailto:heinisch-weiser@t-online.de)

**Bundesfachgruppen-  
ausschuss  
Kaufmännische  
Schulen**

**Gudrun Biehl**  
0621/504400910  
[gudrun.biehl@gew-rlp.de](mailto:gudrun.biehl@gew-rlp.de)

**Christina Kunze**  
030/2159341  
[kunzmanns@t-online.de](mailto:kunzmanns@t-online.de)

**Britta Delique**  
0441/592203  
[britta@delique.net](mailto:britta@delique.net)